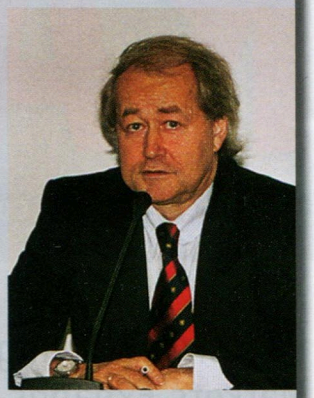
Denk-Anstöße

Interessantes, Merkwürdiges und Nachdenkliches, gesammelt von Dietrich W. Thielenhaus

Der Autor dieser Kolumne ist als Geschäftsführer der Marketing-Agentur Thielenhaus & Partner GmbH (Wuppertal) beruflich nicht nur mit dem SHK-Bereich, sondern auch mit zahlreichen anderen Branchen vertraut. Für die Leser der RAS formuliert er aus seinen Erfahrungen, Einblicken und Erkenntnissen allmonatlich „Denk-Anstöße", die über den Tag hinaus von Bedeutung sein könnten.



Dietrich W. Thielenhaus

Schwarze Schwäne

Mit gemischten Gefühlen ist die deutsche Wirtschaft in das Jahr 2013 gestartet. Einerseits wächst die Hoffnung, dass sich die Bundesrepublik der von den südlichen EU-Ländern ausgehenden Rezession entziehen kann. Andererseits schweben die ungelösten Probleme der Euro-Schuldenkrise wie ein Damokles-Schwert über der Gesamtwirtschaft. Unkalkulierbarkeit und Unsicherheit belasten die Planungen in den Chef-Etagen. Das Buch „Der schwarze Schwan" steht für die Erkenntnis, dass scheinbar unmögliche Ereignisse sehr wohl eintreten und Probleme der nicht gekannten Dimension auslösen können. Linde-Chef Reitzle hat angemerkt, es sei noch nie so schwierig gewesen, die wirtschaftliche Entwicklung zu prognostizieren. Es scheint derzeit nur die Gewissheit zu geben, dass es keine Gewissheit mehr gibt. Unsicherheit ist – so der „Spiegel" – zum dominierenden Lebensgefühl geworden. Vor diesem Hintergrund wird unternehmerische Flexibilität zum zentralen Gebot der Stunde. So hat der BMW-Vorstand mit seinem Betriebsrat ein „Anti-Krisen-Programm" vereinbart, das kurzfristige Anpassungen an veränderte Nachfragesituationen ohne Personalfreistellungen ermöglichen soll. Gegen Währungsschwankungen und Einfuhrzölle soll eine forcierte Internationalisierung der Montage helfen. Auch mittelständische Unternehmen bereiten sich verstärkt auf Unabwägbarkeiten vor. Dazu gehören Notfallpläne für unterschiedliche Krisen-Szenarien. Während die Vereinten Nationen und die OECD eine weltweite Rezession nicht ausschließen, präsentiert sich Deutschland derzeit noch wie das legendäre gallische Dorf von Asterix und Obelix: Das ifo-Institut erwartet hierzulande für 2013 ein reales BIP-Wachtum von 0,7%. Vor allem die Baubranche dürfe weiter auf gute Geschäfte hoffen.

Neue Eskalationsstufe?

„Unsichtbar wird der Wahnsinn, wenn er genügend große Ausmaße angenommen hat." An diese Erkenntnis von Berthold Brecht erinnert derzeit die erstaunliche Tabuisierung der Euro-Krise in den meisten deutschen Medien. Es scheint so, als folge man in vielen Redaktionen nur allzu gerne der Brüsseler Desinformation, dass der Höhepunkt der Schuldenkrise überwunden sei. Tatsache ist, dass die im letzten Jahr erfolgte Ankündigung der EZB, die Gemeinschaftswährung ohne Rücksicht auf Verluste „retten" zu wollen, zunächst für vermeintliche Entspannung gesorgt hat. Tatsache ist aber auch, dass die Geldflutung mehr neue Probleme schafft als alte Probleme löst. Die „Wirtschaftswoche" weist in einem lesenswerten Kommentar unter der Überschrift „Planwirtschaft der Notenbanken" auf den „hohen Preis der Plünderung Deutschlands per Schuldenvergemeinschaftung via EZB" hin: „Jetzt darf der deutsche Steuerzahler nicht mehr nur alternativlos für die Staatsschulden von Europas Pleitestaaten (PIIGS: 3,47 Billionen EUR) einstehen, sondern – mittels der europäischen Bankenunion – auch schon bald für die Verlustrisiken aus den Bankbilanzen (18 Billionen Euro)". In Griechenland und Spanien fordere der Euro-Rettungswahn inzwischen Opfer, die den inneren Frieden in Europa bedrohen könnten. Das Internationale Rote Kreuz habe kürzlich vor bürgerkriegsähnlichen Zuständen gewarnt. Angesichts der Tatsache, dass sich auch in Italien und Frankreich die Lage weiter zuspitze, bestehe die Gefahr, dass die Euro-Krise im Jahr 2013 „völlig überraschend" eine neue Eskalationsstufe erreichen werde.

Selbstbedienung

Als abschreckendes Beispiel für absurden Wildwuchs und dreiste Selbstbedienungsmentalität im öffentlich rechtlichen Bereich entpuppt sich die neue Rundfunkabgabe. Für Unternehmen führt die wie eine Steuer eingetriebene Gebühr zu ebenso extremen wie unlogischen Kostensteigerungen von bis zu 500%. Zu hoffen ist, dass die jetzt entstehende Klagewelle diese mit neuem Etikett versehene Abzockerei stoppen wird. Wie in Staatsbetrieben üblich, konzentriert sich die Führung der Sender offensichtlich auf die Schaffung zusätzlicher Budget-Spielräume. Dabei bieten sich zahlreiche Chancen für erhebliche Kostenreduzierungen. Allein ARD und ZDF betreiben derzeit mit 26.600 Angestellten und über 100 Tochtergesellschaften 22 TV-Sender und 64 Radioprogramme. Zur musikalischen Erbauung dienen allein bei der ARD elf Orchester, vier Big Bands und fünf Chöre. Legendär sind die Ruhestandsbezüge, die z. B. der WDR seinen Mitstreitern eingeräumt hat. Auch beim Einkauf prominenter Moderatoren und großer Sportereignisse wird geklotzt und nicht gekleckert. Die Zahl der Mitarbeiter, die von den Olympischen Spielen in London berichtet haben, war mit 480 größer als das gesamte deutsche Olympia-Team. Dass das im internationalen Vergleich einzigartige Jahresbudget von zuletzt 7,4 Mrd. EUR zu qualitativen Höhenflügen geführt habe, kann beim besten Willen nicht behauptet werden. Im Gegenteil: Wiederholungen und Trash-Formate dominieren heute zunehmend die öffentlich-rechtliche TV-Realität. Kein Wunder, dass vielerorts die Auffassung vertreten wird, das deutsche Fernsehen sei eher schmerzensgeldpflichtig als gebührenpflichtig.

Öko-Logik

Neues aus Absurdistan: Immer mehr von deutschen Bürgern subventionierter, aber nicht benötigter Öko-Strom wird billig an unsere Nachbarländer verhökert oder gar verschenkt. Die Öko-Umlage von 5,3 Cent pro Kilowattstunde, die eigentlich den Ausbau der Wind- und Sonnenenergie fördern soll, sorgt also de facto in den Niederlanden und Polen für Strompreise, die deutlich niedriger liegen als in Deutschland.